
Erhard Eppler

Privatisierung
der politischen Moral?

edition suhrkamp

SV

edition suhrkamp 2185

Seit es Politik gibt, ist sie auch Kampf um Macht. Aber nicht jedes Ge-
rangel um Macht ist deshalb schon Politik. Demokratische Politik hat
immer auch damit zu tun, wie Menschen leben wollen und wie sie
– meist ganz entschieden – nicht leben wollen. Die privatisierte poli-
tische Moral kümmert sich um all das nicht.

Die Spendenaffäre der CDU hat manches von dem zutage gefördert,
was Erhard Eppler als Privatisierung der politischen Moral deutet. Das
gilt für das Verhalten der Betroffenen, aber auch für die Reaktion der
Öffentlichkeit.

Der vorliegende Essay will auf diesen Vorgang aufmerksam machen, er
will ihm aber auch entgegenwirken. Denn es steht zu befürchten, daß
die politische Moral ihre Privatisierung nicht lange überleben könnte.
Sie wird dann nämlich irrelevant, wirkt manchmal sogar albern. Also
wirft man sie weg.

Erhard Eppler
Privatisierung
der politischen Moral?

Suhrkamp

3. Auflage 2015

Erste Auflage 2000

edition suhrkamp 2185

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 2000

Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Jung Satzcentrum, Lahnau

Printed in Germany

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

ISBN 978-3-518-12185-6

Inhalt

Zur Einführung 7

Kapitel 1

Zuwenig oder zuviel Moral? 13

Kapitel 2

Wer darf was?

Politik als Tummelplatz für Lügner? 26

Kapitel 3

Narziß jenseits der Eitelkeit 44

Kapitel 4

Die geldgierigen Parteien 57

Kapitel 5

Der Überdruß am Staat und die Privatisierung
der Gewalt 77

Kapitel 6

Moral ohne Politik – Oder die Privatisierung
der Moral 100

Kapitel 7

Die unfreiwilligen Erben des Karl Marx 120

Zur Einführung

I.

Nach dem Zweiten Weltkrieg stritten die demokratischen Parteien diesseits des Eisernen Vorhangs darüber, welche Industrien oder Banken nicht in Privathand bleiben, also sozialisiert werden sollten. Meist wurden sie »nationalisiert«, was im Westen besser klang. Öffentliche Kontrolle der wirtschaftlichen Macht mußte sein, das meinten auch viele Konservative. Am wirksamsten kontrolliere man durch Überführung in öffentliches Eigentum, meinten die Sozialdemokraten, die sich meist Sozialisten nannten. Heute muß die demokratische Linke zugeben: Eine Erfolgsgeschichte boten die staatlich verwalteten Betriebe nicht.

Seit den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts wird nun heftig privatisiert, nicht nur das, was Mitte des Jahrhunderts in Staatshand kam. Darunter ist vieles, was über lange Zeit ohne Kontroverse dem privaten Kapital entzogen war: Post, Telefon, Bahn, Fluglinien, Nahverkehr, städtische Versorgungsbetriebe. Inzwischen hat die Privatisierungswelle auch die Wasserwirtschaft, ja die Gefängnisse erfaßt.

Leider, nur wird darüber noch kaum geredet, auch die Gewalt. Dieter Senghaas hatte schon 1995 als erstes Erfordernis für inneren Frieden und damit für ein zivilisiertes Zusammenleben die »Entprivatisierung der Gewalt« genannt (*Den Frieden denken*, Frankfurt a. M. 1995 S. 198). Er hat vor der »Reprivatisierung der Gewalt« gewarnt (S. 205), wie er sie im Libanon beobachtet hatte. Daß inzwischen die Reprivatisierung der Gewalt

und damit die Erosion, oft schon der Kollaps, des staatlichen Gewaltmonopols fortschreitet, von den USA über Kolumbien bis in weite Teile Afrikas, soll in diesem Essay nur gestreift werden. Hier geht es um die Privatisierung der politischen Moral, die all die anderen Privatisierungen begleitet, erleichtert, fördert und beglaubigt, aber auch ad absurdum führen kann.

II.

Politik ist dem Recht strenger und unmittelbarer zugeordnet als der Moral. Wer in ein Parlament gewählt wurde, schafft mit Gesetzen positives Recht, auch wenn er darüber wenig nachdenkt. Zumindest in der Ausschusßarbeit lernt der Parlamentarier, was es bedeutet, wenn stundenlang darüber gestritten wird, ob im Gesetztext das Wörtchen »kann«, »soll« oder »muß« stehen soll. Ein solches Wörtchen kann in das Leben von Millionen Menschen eingreifen. Es hat also ungleich mehr Gewicht als in einer Wahlrede. Wer als Bürgermeister oder Minister exekutive Vollmachten übertragen bekommt, muß aus gutem Grund schwören, daß er sich an Recht und Verfassung hält. Der Rechtsstaat wird zur lächerlichen Attrappe, wenn Leute das Recht brechen, die es hüten und immer neu schaffen sollen.

Wer nicht von der Rechtswissenschaft, sondern von der Politik her der Systematik, den Prozeduren und Riten des Rechts begegnet ist, muß nicht durch mühsame Deduktionen – wie sie in der Rechtsphilosophie üblich und wohl auch nötig sind – auf die Verbindungen zwischen Recht und Moral verwiesen werden, etwa durch Jürgen Habermas' Aufsatz über *Faktizität und Geltung*

(1986). Wenn ein Parlament über ein Renten- oder Steuergesetz debattiert, geschieht dies nicht im moralfreien Raum. Im Gegenteil: Ob das Gesetz fair, zumutbar, hilfreich, gerecht sei, ob es allen oder nur einer Gruppe gerecht werde, ist Gegenstand des Streits. Moralisch wird das Gesetz gerechtfertigt, so wird es angefochten. Nicht im Streit ist, daß ein solches Gesetz der moralischen Begründung bedarf. Daß dabei oft auch Moral in Spiel ist, daß gelegentlich Interessen moralisch drapiert werden, sei nicht bestritten. Aber sogar solche Heuchelei bestätigt nur die Verbindung von Recht und Moral. Sie ist legitim und schafft Legitimität. Aus dem Ruder läuft die Debatte erst, wenn statt der moralischen Qualität des Gesetzes die moralische Qualifikation der Gesetzgeber zum Thema wird. Jedenfalls: Politik ist schon durch ihre Verantwortung für das Recht auf die Moral verwiesen.

III.

Wer politisch tätig wird, hat es außer mit dem Recht vor allem mit der Macht zu tun, und zwar mehr als seine Nachbarn, die als Erzieherin, als Schreiner oder Versicherungsvertreter ihr Brot verdienen. Natürlich, Macht entsteht überall, wo Menschen zusammen sind. Machtkämpfe finden auch in Unternehmen, in Redaktionen und sogar in Kirchenleitungen statt, in jeder Schulklasse gibt es Machtgeflechte. Aber wer eine Erzieherin beurteilt, sieht zuerst auf ihr Verhältnis zu Kindern. Wer einen Politiker beurteilt, beginnt am besten bei seinem Verhältnis zur Macht. Die politische Moral hat zuerst damit zu tun, wie sich jemand zum Recht und zur Macht verhält. Und wir sind schon ziemlich nahe am Kern,

wenn wir fragen, ob für jemanden im Zweifel die Macht oder das Recht Priorität hat.

Wer den Geruch von Holz nicht verträgt, wird nicht Schreiner. Wer Kinder nicht mag, wird nicht Erzieherin. Wer nicht gern unterwegs ist, wird nicht Versicherungsvertreter. Wer Macht nur als Bedrohung und Ärgernis erfahren kann, geht nicht in die Politik. Aber das Verhältnis zur Macht birgt mehr Gefahren als das zum Holz oder zu Kindern. Macht kann süchtig machen. Auch eine Erzieherin, die Kinder gern hat, ist erleichtert, wenn die Eltern ihre Kleinen abgeholt haben und sie nicht mehr von charmant plappernden Kindern umschwirrt ist. Die Sucht nach Macht kann zur Droge werden. Dies ist ein wichtiges, vielleicht das entscheidende Thema der politischen Moral.

Seit es Politik gibt, ist sie auch Kampf um Macht. Aber nicht jedes Gerangel um Macht ist deshalb schon Politik. Demokratische Politik hat immer auch damit zu tun, wie Menschen leben wollen und wie sie – meist ganz entschieden – nicht leben wollen. Macht kann ein Mittel sein, um durchzusetzen, daß Menschen so leben können, wie sie leben wollen. Die besondere Gefährdung des Politikers besteht darin, daß aus dem Mittel jederzeit der Zweck werden kann. Das süchtige Streben nach Macht um der Macht willen, das genauso süchtige Festhalten an der Macht um der Macht willen, ist immer die Quelle politischer Unmoral, zumal dann, wenn dabei auch das Recht auf der Strecke bleibt.

IV.

Die privatisierte politische Moral kümmert sich um all das nicht. Sie taxiert das Sexualleben der Agierenden, Anzahl und Qualität ihrer Ehen, sie durchleuchtet Biografien und findet es verwerflich, wenn ein Präsidentschaftskandidat als Schüler an Haschisch geraten ist. Gesetzwidrige Geldgeschäfte von Politikern, die sich selbst nie bereichern wollten, werden ähnlich behandelt wie die Geldwäsche von Drogenhändlern. Sicher, damit wird der Gleichheit vor dem Gesetz Genüge getan. Aber dabei wird die politisch entscheidende Frage gar nicht mehr gestellt: Warum hat der Politiker, dem man sonst durchaus so etwas wie Pflichtgefühl zugestehen konnte, es für seine Pflicht gehalten, das Gesetz zu brechen? Wie kommt er, obwohl alle ihn verurteilen, zu einem so provozierend guten Gewissen? Wahrscheinlich hat die Privatisierung der politischen Moral schon vor dreißig Jahren in den USA begonnen, als der Journalist Hunter S. Thompson seine Landsleute mit der Frage schockierte, wer dem Präsidentschaftskandidaten Richard Nixon einen Gebrauchtwagen abkaufen würde. Nun mag es ja sein – und das Beispiel Nixon spricht dafür –, daß bei einem Politiker, dem wir lieber keinen Gebrauchtwagen abnehmen möchten, besondere Vorsicht am Platze ist. Aber ist ein Politiker glaubwürdig, wenn wir ihm unbesehen sein altes Auto abkaufen würden? Ich kenne eine ganze Anzahl von Politikern – und von Politikerinnen –, denen ich jederzeit jeden Gebrauchtwagen abnehmen würde, und dies sogar exakt zu dem Preis, den sie verlangen, denen ich aber politisch nicht über den Weg traue. Sind sie dadurch glaubwürdig als Demokraten, als Verfassungspatrioten, als Europäer, als

Wahrer des Rechts, als Sozialpolitiker? Redlichkeit kann nie schaden, aber sie ist etwas anderes als politische Glaubwürdigkeit.

Die gestehe ich Menschen zu, die verlässlich für etwas stehen, ihre Überzeugung nicht je nach Opportunität ändern, die Macht um ihrer Ziele willen suchen, die um dieser Macht willen niemals das Recht beugen oder brechen würden, für die es Gemeinheiten gibt, zu denen sie nicht fähig sind. Und natürlich: die niemanden bewußt oder absichtlich belügen.

Wer aus der Überzeugung heraus handelt, was gut für seine Partei sei, müsse auch gut für die Republik sein, ist als Demokrat unglaubwürdig, auch wenn ich ihm nie unterstellen würde, er könne oder wolle mich bei privaten Geschäften betrügen.

Die Spendenaffäre der CDU hat manches von dem zutage gefördert, was ich als Privatisierung der politischen Moral deute. Das gilt für das Verhalten der Betroffenen, aber auch für die Reaktion der Öffentlichkeit.

Dieser Essay will auf diesen Vorgang aufmerksam machen, er will ihm aber auch entgegenwirken. Denn es steht zu befürchten, daß die politische Moral ihre Privatisierung nicht lange überleben könnte. Sie wird dann nämlich irrelevant, wirkt manchmal sogar albern. Also wirft man sie weg.

Kapitel 1

Zuwenig oder zuviel Moral?

I. Wie jede Sucht, so beschränkt auch die Sucht nach Macht die menschliche Freiheit. Der Machtsüchtige mag, weil dies in der Demokratie üblich ist und sich auszahlt, die Freiheit besingen, er selbst ist unfrei. Sein Verhalten, seine Wahrnehmung, seine Aufmerksamkeit, seine Beziehungen sind determiniert. Begegnet er anderen Menschen, so ist er nicht offen für Begegnung, er taxiert sie sofort danach, ob sie seine Macht, seine Karriere behindern oder fördern können. Die Entscheidung darüber, ob er eine Veranstaltung besucht, sei es ein Rockkonzert, ein Gottesdienst oder ein Fußballspiel, hängt nicht davon ab, was ihm Freude macht, sondern davon, ob es Wählerstimmen bringt oder verscheucht. Ist der Machtsüchtige scharf auf Geld, so nicht, weil er damit sich oder anderen etwas Gutes tun will, sondern weil sich Geld auf vielerlei Weise in Macht verwandeln läßt.

Überzeugungen sind beim Machtsüchtigen nur eine Funktion seines Machtwillens, sie sind nötig und zweckmäßig zum Erwerb und zur Verteidigung von Macht. Daher können sie sich auch von heute auf morgen ändern. Daß aus dem unentbehrlichen Mittel der Macht so leicht ein Zweck, ein Selbstzweck wird, liegt nicht nur an der Anfälligkeit des Politikers. Er muß ja schon um Macht kämpfen, ehe er etwas damit bewirken kann. Er muß erst ein Mandat erringen, ehe er seine Stimme im Parlament erheben kann. Dabei erfährt er, wie der Kampf um die Macht einen Menschen ausfüllen, verhärten, erschöpfen, auspumpen kann. Was einen Menschen

so erbarmungslos fordert und meist überfordert, läßt oft nicht einmal mehr Raum für die Frage, wozu denn die Macht gut sein soll, was er damit bewahren, gestalten, verändern, verbessern will. Das Mittel verbraucht soviel Kraft, daß der Zweck aus dem Blick gerät.

Niemand gesteht sich und anderen gerne ein, daß er Mittel und Zweck vertauscht, daß die Menschen, die Zweck und Ziel seines Tuns sein sollten, zum Mittel werden, daß die Macht, die ihm erlauben sollte, ihnen zu helfen, sich zum alleinigen Zweck verkehrt. Also braucht er eine Rechtfertigung für andere, auch für sich selbst. Am einfachsten läßt sich die Verkehrung von Mittel und Zweck rechtfertigen, wenn man sich selbst zum Repräsentanten des Gemeinwohls ernannt und die Gegner, die auch nach Macht streben, als Gefährdung des Gemeinwohls abtut und bekämpft. Da dies in der politischen Rhetorik längst üblich ist, reicht es völlig aus, daß man seiner eigenen Propaganda schließlich glaubt.

Macht ist – da knüpfe ich an Max Weber an – die Fähigkeit, andere zu einem gewünschten Verhalten zu veranlassen. Die Mittel dazu können ganz verschieden sein. Die Wasserwerfer der Polizei können Menschen veranlassen, einen Platz zu räumen. Verzugszinsen können einen Schuldner dazu bringen, eine Rechnung zu begleichen. Ein überzeugendes Buch kann Menschen ermutigen, für die Nutzung der Sonnenenergie einzutreten.

Der Arzt, der seinem Patienten eröffnet: Wenn Sie nicht aufhören zu rauchen, leben Sie nicht mehr lange, übt Macht aus, ebenso wie die Mutter, die ihrem Kind sagt: Schokoladenpudding gibt es erst, wenn du den Kartoffelbrei aufgegessen hast. Der Unterschied zur Politik liegt nicht im Tatbestand der Machtausübung. Aber we-

der die Mutter noch der Arzt kommen in Versuchung, Mittel und Zweck zu verwechseln. Die Mutter ist nicht Mutter geworden, um Macht auszuüben. Sie wollte ein Kind haben. Um es zu beschützen, ihm zu helfen, es wohl auch zu erziehen, übt sie Macht aus, und wenn sie klug ist, so wenig wie möglich. Der Arzt ist Arzt geworden, weil er Menschen helfen – und wohl auch Geld verdienen – will, nicht um Macht auszuüben. Es wäre erkennbar krankhaft, würde seine Macht über Menschen zum Selbstzweck.

Beim Politiker läßt sich diese Verkehrung von Mittel und Zweck sehr viel schwerer ausmachen. Nicht nur für die Öffentlichkeit wird er immer hehre Ziele und Zwecke finden, die sein Machtstreben beflügeln und rechtfertigen, auch sich selbst wird er so lange wie möglich belügen, und wenn er sich nur einredet, es sei eben für das Gemeinwohl allemal segensreicher, er habe die Macht und nicht seine Gegner. Auch wenn er nicht so recht weiß, was er mit dieser Macht anfangen will, so ist das immer noch besser als das Unheil, das die anderen damit anrichten würden.

II. Während der CDU-Spendenaffäre hat Norbert Blüm in einem Interview den simplen, in diesem Augenblick allerdings provozierenden Satz gesagt: »Die CDU ist eine gute Partei.« Früher wäre dieser Ausspruch niemandem aufgefallen. Jetzt wurde er Gegenstand langer Kommentare. Dabei versteht es sich von selbst, daß ein Politiker die Partei, der er einst beigetreten ist und für die er ein Leben lang gearbeitet hat, für gut hält. Wäre er sonst noch dabei? Wahrscheinlich haben manche etwas anderes aus diesem Satz herausgehört: »Die CDU ist *die* gute Partei.« Oder zumindest: »Die CDU ist die bessere

Partei.« Tatsächlich habe auch ich in 44 Jahren Mitgliedschaft manches Rühmende über die SPD von mir gegeben. Sie habe mir nicht mehr zugemutet als ich ihr, habe ich im Rückblick festgestellt. Sie sei, bei all ihren Fehlern, ein kostbares Gefäß politischer Kultur. Sie habe, bei allen Schwächen, eine Geschichte, die sich sehen lassen kann. Sie sei, alles in allem, doch eine respektable Partei. Aber der Satz »Die SPD ist eine gute Partei« wäre mir nie in den Sinn gekommen. Ich hätte darüber nicht nachdenken, diesen Satz auch nie verwerfen müssen. Er wäre mir nie eingefallen. Warum nicht?

Er hat wohl nur einen Sinn, wenn man die anderen Parteien eben nicht für »gut« hält. Bei Blüm mag das Gefühl mitgeschwungen haben »gut, daß es die CDU gibt«, oder »es war gut, daß 1945 die CDU gegründet wurde«. Dagegen weiß auch ein Sozialdemokrat nichts einzuwenden. Aber der Anspruch der »guten Partei« ist letztlich ein moralischer Anspruch. Und er hätte keinen Sinn, gäbe es nicht auch »schlechte« oder gar »böse« Parteien.

Blüms scheinbar harmloses Sätzchen erregte manche Kommentatoren, weil gleichzeitig erkennbar wurde, wozu eine Partei fähig ist, die sich für *die* gute Partei, für die Verkörperung des Gemeinwohls hält, für die geborene Staatspartei. Helmut Kohl hat dieser Partei ein Leben lang auf vielerlei Weise gedient, auch indem er Gesetze brach, die er selbst mit beschlossen hatte. Und er kann wohl nie ganz verstehen, wie politikferne Kleinkrämer sich darüber so erregen können. Er hat für solche Kleingeister nur Verachtung übrig, wenn er ihnen nicht einfach bösen Willen unterstellt – daß sie nämlich nur ihm und der »guten« Partei schaden und einer weniger guten nützen wollen.

Vielleicht haben wir alle Kohls Ausrufung der geistig-

moralischen Wende, der moralischen Erneuerung mißverstanden. Er hat ja niemals versucht, moralisch neue Akzente zu setzen. Er hat – und das rechne ich ihm hoch an – nur selten und dezent Moral gepredigt. Seine Hochschätzung der Familie hat nicht verhindert, daß am Ende seiner Amtszeit das Verfassungsgericht die Vernachlässigung der Familie als Verstoß gegen Artikel 6 des Grundgesetzes rügen mußte.

Wahrscheinlich wollte Kohl 1982 gar nicht ankündigen, daß es nun im öffentlichen Leben moralischer zugehen werde. Er *wollte* nicht die geistig-moralische Wende, er erstrebte sie nicht, er *war* diese Wende. Die gute Partei stellte wieder die Regierung und einen durch und durch »guten« Kanzler. Die Welt war damit zwar noch nicht ganz in Ordnung, aber doch sehr viel besser in Ordnung als vorher. Das war die »Wende«, und sie hatte auch eine moralische Dimension. Vielleicht hing Kohls unbeirrbarer und manchmal ruchloser Optimismus damit zusammen, daß eine Welt, in der er Kanzler war, so schlecht nicht sein konnte, daß ein Land, das ihn zum Kanzler machte, im Kern in Ordnung war. Er hatte nun dafür zu sorgen, daß dies so blieb. Dabei waren die Mittel, deren er sich bediente, zweitrangig.

Die kluge Antje Vollmer hat den Umgang der CDU mit Geld auf die Denkweise des kalten Krieges zurückgeführt. In der Tat: Im kalten Krieg widerstanden die Guten den Bösen. Hier stand das christliche Abendland gegen den asiatischen Bolschewismus. Wer dies nicht begriff, war vom »Neutralismus« angekränkelt, also nicht viel besser, nur naiver als die Bösen. Ohne Wenn und Aber traten nur die Unionsparteien für das christliche Abendland ein. Die CDU war also nicht nur die gute Partei, sie war die Partei des Guten, vielleicht sogar der

Guten. Alle anderen Wege führten mehr oder minder direkt nach Moskau, wie einem CDU-Plakat aus den fünfziger Jahren zu entnehmen war.

Die *Süddeutsche Zeitung* vom 9. 2. 2000 überschreibt einen Artikel von Horst Leyendecker über Manfred Kanther: »Kontoführer im kalten Krieg. – Warum es für den früheren Bundesinnenminister so etwas wie ein Kampfauftrag war, mehr als 20 Millionen Mark ins Ausland zu schaffen«. Kanther fühlte sich als Preuße, in seinem Büro hing ein Porträt Friedrichs des Großen. Niemand sollte dies als Tarnung oder Heuchelei abtun. In Kanthers Alltag lassen sich durchaus preußische Tugenden ausmachen. Er war wirklich pflichtbewußt, fast immer korrekt, hart gegen sich und andere. Aber eben: Zu seiner Pflicht gehörte die Bekämpfung derer, die, wenn nicht böse, so doch sicher nicht gut waren. Und diese Pflicht stand über den geschriebenen Gesetzen. Finanzberater Horst Weyrauch sagte es mit dürren Worten: »Ich dachte, wer der Partei dient, dient dem Staat. Das war falsch.« (*Süddeutsche Zeitung*, Nr. 53/2000, S. 10)

III. Hat damals im kalten Krieg jene ganz und gar un-gute Moralisierung der Politik begonnen, die bei uns bis heute gilt? Natürlich, was einmal die Kommunisten waren, gibt es nicht mehr. Wer glaubt heute noch, Sozialisierung der Produktionsmittel plus Diktatur der Partei des Proletariats führe in eine glückliche Zukunft? Selbst in der PDS meinen das nur noch wenige. Aber lange Zeit sah es so aus, als könne der Antikommunismus den Kommunismus überleben. Denn zu den Strategien des kalten Krieges gehörte immer auch, die innenpolitischen Konkurrenten in irgendeine Beziehung zum Bösen zu bringen. Das begann mit Adenauers – falscher – Behaup-

tung, zwei SPD-Abgeordnete hätten Geld aus der DDR bekommen, und endete – unter der Verantwortung Kohls – mit den perfiden SPDSPDSPDS-Plakaten, die schon – oder noch? – 1990 in der untergehenden DDR ausgerechnet von bewährten Block-CDU-Leuten geklebt wurden. Inzwischen hat es sich herausgestellt, daß mit roten Socken keine Wahlen mehr zu gewinnen sind. Aber das Bedürfnis der Guten, gegen die Bösen zu kämpfen, ist geblieben. Wo es sich austobt, wird jede Sachauseinandersetzung moralisch aufgeladen.

Manche haben sich darüber gewundert, wie wenig der Publizistik der Wortschatz auffiel, mit dem 1998 und 1999 die neue Opposition eine Regierung angriff, die in der Tat das Regieren erst lernen mußte: »Lüge!«, »Wortbruch!«, »Betrug!«, »Täuschung!« Sogar das schreckliche Wörtchen »Verrat« blieb uns nicht erspart. »Verrat« ist eine Vokabel des geistigen Bürgerkriegs. Verräter hat man seit eh und je umgebracht. Auf Landesverrat stand lange die Todesstrafe. Was hatten diese »Sozen« nicht alles verraten: die Ostdeutschen, die Alten, die Arbeitnehmer, den Mittelstand. Die Welt war nicht mehr in Ordnung, sie war »out of joint«, aus den Fugen. Natürlich ist jetzt der – berechnete – Einwand fällig, nicht nur die Union bediene sich einer solchen Sprache. Das stimmt. Aber niemand hat so ungeniert und mit so gutem Gewissen Sachdebatten moralisiert, den politischen Wettbewerb moralisch aufgeladen wie die Union.

Wenn Parteien darüber streiten, wie man die Rentenbeiträge stabil hält oder senkt, ob man Energie teurer machen darf, um Arbeit billiger zu machen, geht es nicht um gut oder böse, auch nicht um wahr oder unwahr, sondern um richtig oder falsch. Das rationale Argument ist gefragt, nicht das moralische Verdikt. Sicher, es ist